

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

152. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 03. November 2009

Antrag 06

Bessere gesetzliche Regelung des Urheberrechtes im Internet

Die AK Wien fordert die Bundesregierung auf, für eine bessere gesetzliche Regelung des Urheberrechtes im Internet zu sorgen.

Das Internet hat sich als schnelles Informationsmedium unter möglichst wenig restriktiven Bedingungen bereits bewährt. Leider wird dabei das Verwenden von Bildern oder Inhalten des Internets von UserInnen für eigene Zwecke immer mehr eingeschränkt bzw. kriminalisiert.

So hat z.B. ein Internet-User ein Gerät über ebay zum Verkauf angeboten und dazu das entsprechende Bild des Gerätes gleich von der Webseite des Herstellers in sein Angebot kopiert. Daraufhin wurde er per Anwaltsschreiben mit Klage wegen Verletzung des Urheberrechtes und total überhöhten Geldforderungen konfrontiert.

Dies ist paradox, da ja bei dem Bild keine Urheberrechte angegeben waren und auch nicht ersichtlich war, wer diese Urheberrechte innehat. Es gibt mittlerweile schon Anwälte, die sich auf solche „erpresserische“ Urheberrechtsklagen spezialisiert haben und auf diese Art und Weise gutgläubige Internet-UserInnen abzocken. Hier bedarf es besserer gesetzlicher Regelungen, um sowohl die Freiheit des Internets als auch die Urheberrechte zu schützen und zu bewahren.

Obenstehenden Fall könnte man leicht gesetzlich regeln, indem Bilder oder Inhalte, wo die Urheberrechte nicht explizit ausgewiesen sind (Angabe des Urhebers und Kontaktadresse sowie ev. Preis für die Nutzung) von allen Internet-UserInnen frei und beliebig verwendet werden können. Wer also seine Urheberrechte nicht von vornherein geltend macht, verzichtet automatisch darauf und kann sie auch in weiterer Folge nicht mehr einklagen.